

Vom Wahlsieg 1998 zur Existenzkrise 2026

Der Niedergang der SPD – eine Ursachenanalyse in zehn Kapiteln

Vorwort

Der vorliegende Essay untersucht den langfristigen Niedergang der SPD seit ihrem Wahlsieg von 1998 und fragt nach den gesellschaftlichen, ökonomischen und politischen Ursachen ihrer gegenwärtigen Existenzkrise.

Der Autor hat Fragestellung, theoretische Ausrichtung, Argumentation und Schlussfolgerungen bestimmt. Künstliche Intelligenz wurde unterstützend für Recherche, Gliederung, sprachliche Überarbeitung und Quellenkontrolle eingesetzt. Die inhaltliche Auswahl, Bewertung und Verantwortung liegen beim Autor.

Einleitung: Der Niedergang als Strukturkrise

Der Weg der SPD vom Wahlsieg 1998 zur Existenzkrise 2026 ist nicht als Abfolge misslungener Wahlkämpfe zu verstehen. 1998 erreichte die Partei 40,9 Prozent der Zweitstimmen; 2025 waren es 16,4 Prozent. Der Erfolg von 2021 mit 25,7 Prozent unterbrach diese langfristige Erosion, kehrte sie aber nicht um. Zugleich war die SPD zwischen 1998 und 2024 in 23 von 27 Jahren an der Bundesregierung beteiligt. Gerade dieses Nebeneinander von staatlicher Präsenz und gesellschaftlicher Schwächung verweist auf den Kern des Problems: Regierungsfähigkeit und gesellschaftliche Hegemoniefähigkeit haben sich voneinander entkoppelt. (Deutscher Bundestag 2026a; Dostal 2025: 270; Bundeswahlleiterin 2025)

Der Niedergang hat mehrere Ursachen, die sich wechselseitig verstärken. Politische Selbstveränderung, der Wandel des ökonomischen Entwicklungsmodells, die Fragmentierung der Lohnabhängigen und die Erosion kollektiver Vermittlungsstrukturen greifen ineinander. Die folgenden Thesen untersuchen diese Ebenen getrennt, um anschließend ihren Zusammenhang sichtbar zu machen. (Stöss 2022; Gramsci 1991–2002; Süß 2022)

Die Faktoren verstärkten einander über längere Zeit. Deshalb lässt sich die Krise weder auf eine einzelne Reform noch auf einen einzelnen gesellschaftlichen Wandel zurückführen. (Stöss 2022; Mielke/Ruhose 2024)

„Existenzkrise“ bezeichnet hier daher nicht das unmittelbar bevorstehende organisatorische Verschwinden der SPD, sondern die Erosion ihrer historischen Funktion als gesellschaftliche Vermittlungs- und Repräsentationskraft. (Gramsci 1991–2002; Mielke/Ruhose 2024)

1. Von der hegemoniefähigen Volkspartei zur strukturellen Minderheitenpartei

Der Absturz von 40,9 Prozent 1998 auf 16,4 Prozent 2025 markiert eine Veränderung des Parteityps. Die SPD war 1998 nicht lediglich eine große Wahlpartei. Sie verband organisierte Arbeitnehmerschaft, Teile der Angestellten, neue Mittelschichten, progressive Intellektuelle und modernisierungsorientierte Gruppen in einem politischen Projekt. Ihre Stärke beruhte darauf, besondere Interessen der Lohnabhängigen mit einem allgemeineren Versprechen von sozialem Fortschritt, Aufstieg, Sicherheit und demokratischer Teilhabe zu verbinden. (Deutscher Bundestag 2026a; Stöss 2022; Süß 2022)

Mit dem langfristigen Rückgang der Wahlergebnisse verlor die SPD nicht nur Stimmen, sondern politische Gravitationskraft. Eine hegemoniefähige Volkspartei prägt, welche Konflikte als zentral gelten und welche sozialen Gruppen sich als politisch miteinander verbunden verstehen. Bei einer strukturell unter zwanzig Prozent liegenden Wählerbasis wird diese Integrationsleistung erheblich schwieriger. Die Partei bleibt institutionell bedeutsam, aber sie ist nicht mehr selbstverständlich das Zentrum, auf das Gewerkschaften, Verbände, soziale Bewegungen und gesellschaftliche Gruppen ihre Erwartungen ausrichten. (Dostal 2025: 270; Mielke/Ruhose 2024)

Der Wahlsieg 2021 erscheint rückblickend als temporäre Öffnung eines bereits geschwächten Repräsentationsraums. Das Ergebnis von 25,7 Prozent beruhte nicht auf der Wiederherstellung der früheren sozialen Koalition. 2025 verlor die SPD 9,3 Prozentpunkte und fiel hinter Union und AfD zurück. Der Einbruch zeigte, wie gering die strukturelle Stabilität des zwischenzeitlichen Erfolgs war. (Deutscher Bundestag 2026a; Bundeswahlleiterin 2025) Die bundesweiten Umfragen vom Juli und August 2026 bestätigen diese strukturelle Schwäche: Die SPD stabilisierte sich nicht auf dem bereits historisch niedrigen Wahlergebnis von 2025, sondern lag institutsübergreifend nur noch bei etwa 12 bis 13 Prozent. (Infratest dimap 2026a; Infratest dimap/ARD 2026b; Forschungsgruppe Wahlen/ZDF 2026; Ipsos 2026)

„Strukturelle Minderheitenpartei“ bezeichnet keine mathematische Festlegung auf einen Stimmenanteil, sondern den Verlust eines stabilen gesellschaftlichen Lagers, das Wahlniederlagen früher begrenzte. Mit dessen Zerfall verändert sich die Logik politischer Konkurrenz. (Mielke/Ruhose 2024; Stöss 2025)

Die langjährige Regierungsbeteiligung verschärfte dieses Paradox: Die SPD blieb koalitionsfähig, obwohl ihre gesellschaftliche Basis schrumpfte. Staatliche Präsenz konnte die Erosion zeitweise überdecken, ohne sie umzukehren (Dostal 2025: 270; Mielke/Ruhose 2024). Das daraus entstehende Regierungsparadox wird in Kapitel 8 systematisch untersucht.

Der Niedergang besteht damit in einer Verschiebung von gesellschaftlicher zu institutioneller Macht: Staatliche Ressourcen übersetzen sich immer weniger in Loyalität, Identifikation und politische Führung. (Dostal 2025: 270; Mielke/Ruhose 2024)

2. Der Verlust der Vorrangstellung in den sozialen Gruppen

Die soziale Basis der SPD bei der Bundestagswahl 1998 ist nicht lediglich geschrumpft, sondern auseinandergefallen. Der Niedergang kann deshalb nicht auf den Verlust einer einzigen „Kernwählerschaft“ reduziert werden. Die Partei verlor ihre frühere Vorrangstellung unter Arbeitern, Teilen der Angestellten, jüngeren Wählerinnen und Wählern, höher Gebildeten und urbanen Mittelschichten. Unterschiedliche Gruppen wanderten zu unterschiedlichen Parteien oder in die Nichtwahl. (Stöss 2022; Süß 2022; Schläger/Engels/Loew 2025: 8–9)

Die Umfragen im Juli und August 2026 zeigen, dass sich dieser Verlust der Vorrangstellung nach der Bundestagswahl 2025 weiter vertieft hat. Im ARD-DeutschlandTrend lag die SPD im Juli bei 12 Prozent; Anfang August blieb sie bei 12 Prozent, während die AfD 28, die Union 21, die Grünen 15 und die Linke 11 Prozent erreichten. Das ZDF-Politbarometer vom 31. Juli projizierte ebenfalls nur 12 Prozent für die SPD; Ipsos ermittelte Anfang August ebenfalls 12 Prozent und damit den bis dahin niedrigsten von Ipsos gemessenen SPD-Wert. Gegenüber dem Bundestagswahlergebnis 2025 von 16,4 Prozent entspricht dies einem weiteren Rückgang um rund vier Prozentpunkte. Da die Ergebnisse verschiedener Institute innerhalb ihrer Fehlertoleranzen schwanken, ist weniger der einzelne Punktwert als die stabile Größenordnung von etwa 12 bis 13 Prozent analytisch bedeutsam. (Infratest dimap 2026a; Infratest dimap/ARD 2026b; Forschungsgruppe Wahlen/ZDF 2026; Ipsos 2026)

Parallel dazu zeigt sich eine ausgeprägte Kompetenzkrise. In einer Forsa-Erhebung Anfang August nannten nur noch 4 Prozent die SPD als die Partei, die mit den Problemen in Deutschland am besten fertig werde; die AfD kam auf 14 Prozent, die CDU auf 12 Prozent, Grüne und Linke jeweils auf 6 Prozent. Dieser Wert ist für die Ursachenanalyse gewichtiger als eine kurzfristige Schwankung der Sonntagsfrage: Er verweist darauf, dass der SPD nicht nur Wahlbereitschaft, sondern die Zuschreibung allgemeiner politischer Problemlösungsfähigkeit entzogen wird. Zugleich zeigen frühere und regionale Kompetenzmessungen, dass selbst die traditionelle sozialdemokratische Domäne der sozialen Gerechtigkeit nicht mehr selbstverständlich exklusiv der SPD zugerechnet wird. Der Befund stützt daher die These eines Hegemonieverlustes, der über die reine Zahl potenzieller SPD-Wähler hinausgeht. (Forsa 2026; Infratest dimap/ARD 2026c)

Besonders deutlich wurde der Verlust im Arbeitnehmermilieu bei der Bundestagswahl 2025. Nach den von der Friedrich-Ebert-Stiftung ausgewerteten Exit-Poll-Daten erreichte die AfD unter Arbeiterinnen und Arbeitern 38 Prozent, die SPD dagegen nur 12 Prozent; gegenüber 2021 verlor die SPD in dieser Gruppe 14 Prozentpunkte. Dieser Befund bedeutet nicht, dass eine homogene Arbeiterklasse geschlossen nach rechts gewandert wäre. Er zeigt vielmehr den Verlust des sozialdemokratischen Repräsentationsmonopols in einer Gruppe, die historisch zum Kern ihrer gesellschaftlichen Stellung gehörte. (Schläger/Engels/Loew 2025: 8–9)

Parallel dazu gelang es der SPD nicht, die Verluste durch eine dauerhafte Vorrangstellung in den neuen professionellen Mittelschichten zu kompensieren. Diese Gruppen sind häufig ebenfalls lohnabhängig, verfügen aber über höhere Bildungsabschlüsse, individualisierte Berufsbiografien und andere kulturelle Orientierungen. Politisch verteilen sie sich auf Grüne, Linke, Union, liberale und kleinere Parteien. Die Sozialstruktur moderner Lohnarbeit hätte damit prinzipiell weiterhin eine breite sozialdemokratische Basis ermöglicht; sie produziert jedoch keine automatische parteipolitische Bindung. (Horn/Klüser/Rittershaus/Haselmayer 2025; Reckwitz 2017)

Die ökonomische Unsicherheit bleibt zugleich erheblich. 2025 waren 16,1 Prozent der Bevölkerung armutsgefährdet, bei den über 65-Jährigen 19,5 Prozent; 6,8 Prozent der Erwerbstätigen waren trotz Arbeit armutsgefährdet. Die Reallöhne stiegen 2025 zwar um 1,9 Prozent und im ersten Quartal 2026 gegenüber dem Vorjahresquartal um 1,8 Prozent, doch diese Erholung folgte auf die starken Kaufkraftverluste der Inflationsjahre. Soziale Unsicherheit verschwand nicht, sondern verband sich mit unterschiedlichen Status- und Kontrollverlustserfahrungen. (Destatis 2026a; Destatis 2026b; Destatis 2026c; Destatis 2026d)

Auch die regionale Spaltung blieb bestehen. 2024 lag das mittlere Bruttomonatsentgelt sozialversicherungspflichtiger Vollzeitbeschäftigter im Westen bei 4.117 Euro, im Osten bei 3.539 Euro; die Differenz betrug noch 14 Prozent. Solche Unterschiede wirken über das Einkommen hinaus. Sie prägen Erfahrungen von Anerkennung, Aufstieg, Eigentumsbildung und staatlicher Gleichbehandlung und begünstigen unterschiedliche politische Deutungen gesellschaftlicher Krisen. (Mau 2024; IAB 2025)

Damit zeigt sich bereits eine Entkopplung zwischen sozialer Lage und sozialdemokratischer Repräsentation. Wie multidirektional dieser Prozess verläuft, lässt sich an den Wählerwanderungen 2025 genauer bestimmen (Dostal 2025: 270; Schläger/Engels/Loew 2025: 8–9; Hövermann 2025; Mau 2024).

Die Richtung dieser Entkopplung lässt sich an den Wählerwanderungen 2025 genauer bestimmen. Die SPD verlor nicht in eine einzige politische Richtung: Rund 1,76 Millionen frühere SPD-Wählerinnen und -Wähler wechselten zur Union, 720.000 zur AfD, 560.000 zur Linken und 440.000 zum BSW. Die FES-Wahlanalyse zeigt zugleich, dass die SPD unter Arbeiterinnen und Arbeitern auf 12 Prozent zurückfiel, während die AfD 38 Prozent erreichte. Der Befund spricht für eine multidirektionale Auflösung der früheren sozialdemokratischen Koalition: soziale Unsicherheit, kulturelle Konflikte und unterschiedliche Statuslagen werden nicht mehr durch eine gemeinsame parteipolitische Repräsentation gebündelt. (Schläger/Engels/Loew 2025: 8–9; Neu/Pokorny 2025)

3. Die Agenda 2010 als Bruch des sozialdemokratischen Schutzversprechens

Die Agenda 2010 war weder der Beginn aller Probleme der SPD noch die alleinige Ursache ihres Niedergangs. Sie war jedoch ein politischer und symbolischer Einschnitt, weil eine sozialdemokratisch geführte Regierung zentrale Elemente einer aktivierenden, angebotsorientierten Arbeitsmarktpolitik durchsetzte. Arbeitskosten, Flexibilisierung, Zumutbarkeit und individuelle Aktivierung erhielten gegenüber kollektiver Absicherung ein größeres Gewicht. (Stöss 2022; Süß 2022; Decker 2026)

Der entscheidende Bruch lag in der Veränderung des sozialdemokratischen Schutzversprechens. Sozialstaatliche Institutionen hatten historisch die Funktion, die Abhängigkeit der Beschäftigten vom Arbeitsmarkt zu begrenzen. Mit den Hartz-Reformen wurde Unsicherheit stärker selbst zu einem Steuerungsinstrument: Leistungsbezug wurde enger mit Aktivierungsanforderungen verbunden, die Zumutbarkeit von Beschäftigung erweitert und der Druck auf Arbeitslose erhöht. Damit veränderte sich die moralische Grammatik sozialdemokratischer Sozialpolitik. (Decker 2026; Dörre 2009)

Die Wirkung war besonders tief, weil die Reformen von jener Partei getragen wurden, die für große Teile der Arbeitnehmerschaft traditionell als politische Schutzmacht gegolten hatte. Marktorientierte Reformen einer konservativ-liberalen Regierung hätten als äußerer Angriff auf sozialdemokratische Errungenschaften interpretiert werden können. Unter sozialdemokratischer Führung wurden sie dagegen als Modernisierung des eigenen Projekts legitimiert. Dadurch entstand ein Repräsentationsbruch, der über die unmittelbaren materiellen Folgen der Reformen hinausging. (Stöss 2022; Gramsci 1991–2002; Stöss 2025)

Die Agenda trug außerdem zur parteipolitischen Neuordnung links der SPD bei. Gewerkschaftsnahe und sozialpolitisch enttäuschte Teile der früheren Basis fanden mit WASG und später der Linken eine neue politische Adresse. Die Konkurrenz war damit nicht mehr nur kulturell oder generationell, sondern institutionell im Parteiensystem verankert. (Decker 2026)

Diese Entwicklung darf jedoch nicht als bis in die Gegenwart unveränderte programmatische Abkehr der SPD von ökonomischer Gleichheit missverstanden werden. Horn, Klüser, Rittershaus und Haselmayer zeigen, dass die SPD ökonomische Gleichheit über längere Zeit schwächer gewichtete, sie seit 2017 aber wieder stärker betont. Der langfristige Bindungsverlust lässt sich daher nicht hinreichend mit einer fortdauernden programmatischen Verschiebung erklären. (Horn/Klüser/Rittershaus/Haselmayer 2025)

Dass Mindestlohn, rentenpolitische Verbesserungen, Bürgergeld, die Respekt-Rhetorik von 2021 und die erneute Betonung ökonomischer Gleichheit die frühere Loyalitätsstruktur nicht wiederherstellten, verweist auf die Pfadabhängigkeit politischen Vertrauens.

Programmatische Korrekturen allein rekonstruieren weder verlorene Organisationen noch

gesellschaftliche Verankerung und einen erodierten historischen Block. (Süß 2022; Stöss 2025; Horn/Klüser/Rittershaus/Haselmayer 2025)

Bis in die Regierung Merz-Klingbeil wirkt diese Wahrnehmungsstruktur fort: Während für Infrastruktur und Verteidigung neue Kreditspielräume geöffnet werden, stehen laufende soziale Ausgaben stärker unter Konsolidierungsdruck. DGB und Memorandum 2026 kritisieren diese Trennung zwischen investiven und als „konsumtiv“ behandelten Ausgaben. (Bundesregierung 2026a; DGB 2026a; DGB 2026b; Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik 2026)

Die Agenda 2010 wirkt deshalb weniger als einzelnes historisches Ereignis fort als als Chiffre einer veränderten Rollenwahrnehmung. Sie markiert den Zeitpunkt, an dem für relevante Teile der früheren Basis zweifelhaft wurde, ob die SPD Marktzwänge politisch begrenzt oder sie sozial administriert. Diese Ambivalenz blieb ein dauerhafter Bestandteil ihrer Repräsentationskrise. (Stöss 2022; Stöss 2025; Dörre 2009)

4. Die Krise des exportorientierten Entwicklungsmodells

Der Niedergang der SPD ist eng mit der Krise des deutschen Entwicklungsmodells verbunden. Über Jahrzehnte beruhte dieses Modell auf industrieller Spezialisierung, Exportorientierung, qualifizierter Arbeit, Lohnmoderation, relativ günstiger Energie, europäischer Arbeitsteilung und offenen Weltmärkten. Seine politische Integrationskraft bestand darin, dass industrielle Wettbewerbsfähigkeit mit Beschäftigung, Tariflöhnen, Sozialversicherungen und fiskalischer Leistungsfähigkeit verbunden werden konnte. (Krüger 2024; Dullien u. a. 2025)

Stephan Krügers Langfristanalyse verschiebt den Blick von einzelnen Krisenschocks auf die Akkumulationsstruktur. Er setzt bereits Mitte der 1970er Jahre einen Strukturbruch an: Die fordistische Nachkriegsprosperität ging in eine Phase struktureller Überakkumulation über. Deregulierung, Privatisierung, Finanzialisierung und verstärkte Weltmarktorientierung erscheinen in dieser Perspektive als unterschiedliche Bearbeitungsformen von Verwertungsproblemen eines hoch entwickelten Kapitalstocks. (Krüger 2024; Krüger 2019)

Die deutsche Exportorientierung war damit nicht nur eine erfolgreiche Spezialisierungsstrategie, sondern auch eine Antwort auf schwächere binnenwirtschaftliche Dynamik. Weltmarkterfolge und Lohnmoderation stabilisierten Beschäftigung und Profitabilität, während öffentliche Investitionen und Binnenentwicklung relativ zurückblieben. Diese Asymmetrie wurde politisch tragfähig, solange Exporterfolge in breite Beschäftigungs- und Einkommenseffekte übersetzt werden konnten. (Krüger 2024)

Seit den 2010er und verstärkt den 2020er Jahren erodieren zentrale Voraussetzungen dieses Modells. China entwickelte sich vom Absatzmarkt zum technologischen und industriellen Konkurrenten; die USA verbinden Industrie-, Handels- und Sicherheitspolitik enger;

Dekarbonisierung und Digitalisierung erfordern hohe Investitionen; geopolitische Konflikte und Energiepreisrisiken belasten energieintensive Branchen. Gleichzeitig treten die Folgen langjährig schwacher öffentlicher Investitionen deutlicher hervor. (Krüger 2024; Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik 2026; Dullien u. a. 2025)

Für die SPD ist diese Entwicklung deshalb besonders folgenreich, weil ihre historische Integrationsleistung eng mit dem Erfolg dieses Modells verbunden war. Industriearbeit, Gewerkschaftsmacht, Sozialstaat und fiskalische Spielräume bildeten eine materielle Grundlage sozialdemokratischer Kompromisspolitik. Wenn industrieller Erfolg nicht mehr verlässlich in sichere Beschäftigung, steigende Reallöhne und öffentliche Einnahmen übersetzt wird, verliert auch die politische Vermittlungsform an Stabilität. (Krüger 2024)

Die Konjunkturdaten 2026 unterstreichen die fragile Übergangslage: Im zweiten Quartal wuchs das reale Bruttoinlandsprodukt gegenüber dem Vorquartal um 0,2 Prozent; im Juli waren 3,007 Millionen Menschen arbeitslos, die Quote lag bei 6,4 Prozent. (Destatis 2026g; Deutsche Bundesbank 2026; Bundesagentur für Arbeit 2026)

Die Krise des Entwicklungsmodells erzeugt daher einen doppelten Druck auf die SPD. Einerseits verliert sie die materielle Grundlage eines früheren sozialen Kompromisses. Andererseits ist sie als langjährige Regierungspartei selbst mitverantwortlich für jene Politik der Lohnmoderation, Exportpriorität und Investitionsschwäche, die das Modell geprägt hat. Ökonomischer Strukturwandel und politische Verantwortungszuschreibung greifen so ineinander. (Stöss 2022; Krüger 2024)

Wie stark die SPD selbst 2026 noch innerhalb einer wettbewerbsorientierten Entwicklungslogik argumentiert, zeigt der Parteivorstandsbeschluss „Fünf sozialdemokratische Eckpfeiler für Wettbewerbsfähigkeit und Wohlstand“ vom 8. Februar 2026. Das Papier verbindet wirtschaftlichen Erfolg ausdrücklich mit Weltmarktposition, Infrastruktur, Qualifikation, Mitbestimmung und sozialer Stabilität und diagnostiziert zugleich strukturelle Schwächen bei Energie, Demografie, Digitalisierung und Infrastruktur. Für die hier vertretene These ist dies als Primärquelle aufschlussreich: Die Krise des alten Modells wird anerkannt, aber der Zusammenhang von Wettbewerbsfähigkeit, Beschäftigung und sozialstaatlicher Finanzierung bleibt ein zentraler Bezugsrahmen sozialdemokratischer Selbstbeschreibung. (SPD-Parteivorstand 2026)

5. Die SPD als Mitträgerin des neoliberalen historischen Blocks

Gramscis Begriff des historischen Blocks bezeichnet die relativ stabile Verbindung einer ökonomischen Struktur mit gesellschaftlichen Kräften, staatlichen und zivilgesellschaftlichen Institutionen sowie politischen und kulturellen Deutungen. Ein Block ist also mehr als eine Regierungskoalition oder ein Bündnis einzelner Organisationen. Hegemonial wird er, wenn führende soziale Kräfte ihre besonderen Interessen so mit materiellen Zugeständnissen,

Institutionen und allgemein akzeptierten Vorstellungen verbinden können, dass die bestehende Entwicklungsrichtung als gesellschaftlich plausibel oder alternativlos erscheint. Die Stellung einzelner Akteure innerhalb eines solchen Blocks ist dabei ungleich: Sie können führend, mittragend oder nur untergeordnet integriert sein. (Gramsci 1991–2002)

Für die Bundesrepublik lässt sich diese Entwicklung – bewusst vereinfachend – in drei Phasen fassen. Der fordistisch-sozialstaatliche Block der Nachkriegsjahrzehnte beruhte auf industrieller Massenproduktion, Produktivitätszuwachsen, steigenden Masseneinkommen und wachsendem Konsum. Getragen wurde er vor allem von industriellem Kapital und großen Unternehmen, den unionsgeführten Staats- und Regierungsapparaten, später zunehmend auch von der SPD, starken Gewerkschaften und betrieblichen Interessenvertretungen. Sozialstaat, Tarifautonomie und Mitbestimmung institutionalisierten einen Klassenkompromiss, der die Lohnabhängigen materiell und politisch integrierte. Die SPD war zunächst nicht die führende Kraft dieses Blocks; mit Godesberg, der gewerkschaftlichen Verankerung und schließlich den sozialliberalen Regierungen wurde sie jedoch zu einer zentralen politischen Mitträgerin seiner sozialstaatlichen Ausgestaltung. (Gramsci 1991–2002; Süß 2022; Krüger 2024)

Seit der Krise des Fordismus in den 1970er Jahren entstand schrittweise ein neoliberal-exportorientierter Block. Seine ökonomischen Kernkräfte waren die international konkurrenzfähige Industrie, exportorientierte Großunternehmen und Finanzakteure; politisch und institutionell stützten ihn Bundesregierungen unterschiedlicher parteipolitischer Zusammensetzung, EU-Binnenmarkt und Währungsordnung sowie ein wirtschaftspolitischer Konsens, der Wettbewerbsfähigkeit, Lohnmoderation, Haushaltsdisziplin, Deregulierung und Standortpolitik höher gewichtete. Gewerkschaften blieben einflussreich, wurden aber stärker in die Sicherung industrieller Wettbewerbsfähigkeit eingebunden. Die SPD wandelte sich von einer sozialstaatlich prägenden Mitträgerin zu einer zunehmend subalternen Mitträgerin: Mit dem „Dritten Weg“ und der Agenda 2010 legitimierte sie selbst zentrale Elemente markoliberaler Anpassung, während ihre Fähigkeit sank, die Entwicklungsrichtung eigenständig zu bestimmen. Auch CDU/CSU blieben als zentrale politische Mitträgerinnen dieses Blocks nicht von der Erosion der Volksparteien verschont: Mit dem Rückgang kirchlich-konfessioneller Milieus, langfristiger Parteibindungen und Mitgliedschaften verlor auch die Union einen Teil ihrer früheren gesellschaftlichen Integrationskraft. Ihre Krise verlief weniger tief als die der SPD, verweist aber auf dieselbe übergreifende Schwächung der klassischen Volksparteien. (Dostal 2025: 270; Mielke/Ruhose 2024; Krüger 2024; Stöss 2025)

In der Gegenwart besteht dieser neoliberal-exportorientierte Block institutionell und in wichtigen Interessenlagen fort, hat aber seine frühere hegemoniale Integrationskraft verloren. Das exportorientierte Wachstumsmodell steht unter dem Druck geopolitischer Konflikte, der Konkurrenz Chinas, von Dekarbonisierung, Digitalisierung, Energie- und

Investitionsproblemen. Zugleich sind zentrale neoliberale Deutungen – Wettbewerbsfähigkeit, Standortlogik und fiskalische Begrenzung – weiterhin wirksam. Die industrielle Exportwirtschaft und ihre Verbände besitzen nach wie vor erhebliches strukturelles Gewicht; staatliche Akteure versuchen das Modell durch Industriepolitik und öffentliche Investitionen zu stabilisieren und umzubauen. Gewerkschaften verteidigen industrielle Beschäftigung, fordern zugleich stärkere öffentliche Investitionen, Tarifbindung und soziale Absicherung der Transformation. Die SPD bleibt Regierungs- und Staatspartei, kann aber weder den alten Block gesellschaftlich integrieren noch bislang einen neuen führen. CDU/CSU, SPD, Wirtschaftsverbände und Gewerkschaften sind deshalb nicht einfach gleichrangige Träger eines fortbestehenden Blocks; ihre Interessen und strategischen Orientierungen treten in der Hegemoniekrise deutlicher auseinander. (Krüger 2024; Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik 2026; DGB 2026a; DGB 2026b)

Gerade darin liegt die heutige organische Krise: Die materielle Grundlage des bisherigen Blocks wird brüchig, seine sozialen Träger verlieren Bindekraft und seine Leitvorstellungen erzeugen weniger Zustimmung, ohne dass sich bereits ein neuer hegemonialer Block herausgebildet hat. Für die SPD verschärft sich damit ein struktureller Widerspruch. Sie ist als langjährige Mitträgerin an Institutionen und Denkformen des alten Blocks gebunden, wird als sozialdemokratische Partei aber zugleich an Erwartungen nach sozialer Sicherheit, demokratischer Gestaltung und Begrenzung von Marktmacht gemessen. Ihr Hegemonieverlust ist deshalb nicht nur Folge falscher Kommunikation, sondern Ausdruck einer historischen Übergangskrise, in der ihre bisherige gesellschaftliche Funktion selbst fraglich geworden ist. (Gramsci 1991–2002; Krüger 2024)

6. Die Fragmentierung der Lohnabhängigen

Die Krise der SPD ist nicht allein selbst verursacht. Die soziale Klasse, auf deren politische Organisation die Sozialdemokratie historisch beruhte, hat sich tiefgreifend verändert. Industriearbeiter, Pflegekräfte, Logistikbeschäftigte, prekär Beschäftigte, Softwareentwickler, wissenschaftliche Angestellte und Beschäftigte im öffentlichen Dienst sind sämtlich lohnabhängig, unterscheiden sich aber stark nach Einkommen, Qualifikation, Beschäftigungssicherheit, kulturellen Ressourcen und Organisationsmacht. (Dörre 2009; Reckwitz 2017)

Aus gemeinsamer Lohnabhängigkeit folgt deshalb keine gemeinsame politische Identität. Klassenlagen werden politisch erst durch Organisation, Deutung und gemeinsame Institutionen wirksam. Der Rückgang der Tarifbindung schwächt einen zentralen Mechanismus dieser Übersetzung. 2025 arbeiteten nur 49 Prozent der Beschäftigten in einem tarifgebundenen Betrieb. Für etwa die Hälfte der Beschäftigten ist kollektive Lohnsetzung damit keine unmittelbare betriebliche Erfahrung mehr. (Destatis 2026e)

Fragmentierung verläuft zudem entlang von Branche, Betriebsgröße, Geschlecht, Migration, Region, Eigentumsposition und Lebensstil. Ein hochqualifizierter Angestellter kann ein hohes Einkommen erzielen und dennoch von Wohnkosten, Arbeitsverdichtung und unsicherer Altersvorsorge abhängig sein; eine tarifgebundene Industriearbeiterin kann materiell relativ abgesichert sein und gleichzeitig den Verlust ihres Arbeitsplatzes durch Transformation fürchten. Diese unterschiedlichen Erfahrungen erzeugen keine einheitliche politische Konfliktwahrnehmung. (Dörre 2009; Reckwitz 2017; Hövermann 2025)

Reckwitz' Analyse der spätmodernen Klassenstruktur erklärt, warum materielle und kulturelle Konflikte ineinandergreifen. Teile der neuen Mittelklasse verbinden Bildung, berufliche Autonomie und kosmopolitische Lebensformen; andere Gruppen erfahren Statusverlust, mangelnde Anerkennung oder Kontrollverlust. Politische Parteien können diese Differenzen kulturell unterschiedlich artikulieren, obwohl viele der Beteiligten in ökonomischer Hinsicht lohnabhängig bleiben. (Reckwitz 2017)

Krügers Klassenanalyse ergänzt diese Perspektive um Eigentum, Vermögensbildung und staatliche Umverteilung. Klassenstruktur lässt sich nicht auf Einkommensdezile reduzieren. Unterschiedliche Positionen im Reproduktionsprozess und unterschiedliche Möglichkeiten der Vermögensbildung erzeugen objektive Differenzen innerhalb der Lohnabhängigen. Dass daraus kein einheitliches Klassenbewusstsein entsteht, ist kein Widerspruch, sondern Teil der modernen Klassenstruktur. (Krüger 2017)

Für die SPD bedeutete diese Entwicklung den Verlust einer sozialen Selbstverständlichkeit. Das frühere Arbeitermilieu war nicht homogen, aber Gewerkschaften, Großbetriebe, Kommunen und sozialdemokratische Organisationen stellten dauerhafte Übersetzungsmechanismen zwischen Alltagserfahrung und Politik bereit. Mit ihrer Schwächung treten die Unterschiede zwischen den Lohnabhängigen stärker hervor. Der Niedergang der SPD ist daher auch Ausdruck einer Krise der politischen Klassenbildung. (Stöss 2022; Süß 2022; Dörre 2009)

Dörres Analyse des „Backlash“ und der blockierten Transformation schärft diesen Zusammenhang. Er verbindet die soziale und ökologische Transformationskrise mit Verunsicherung in der Arbeitswelt und mit einer Rechtsverschiebung, die nicht als bloßer Kulturkonflikt verstanden werden kann. Für die SPD ist daran entscheidend, dass Transformationskonflikte innerhalb der Lohnabhängigen unterschiedlich verteilt sind: Beschäftigte erleben ökologische Modernisierung je nach Branche und Stellung als Chance, Kostenbelastung oder Arbeitsplatzrisiko. Die Fragmentierung erhält dadurch eine zusätzliche politisch-ökonomische Dimension. (Dörre 2025)

7. Der Schrumpfungsprozess des organisatorischen und kulturellen Unterbaus

Die historische Sozialdemokratie war mehr als eine Partei. Sie war Teil eines dichten organisatorischen Ökosystems aus Gewerkschaften, Betriebsräten, Arbeiterwohlfahrt, Genossenschaften, Vereinen, kommunalen Netzwerken und lokalen Öffentlichkeiten. Diese Institutionen verbanden soziale Erfahrung mit politischer Deutung. Sie erzeugten Loyalität nicht nur durch Programme, sondern durch wiederholte Alltagserfahrung kollektiver Interessenvertretung. (Stöss 2022; Süß 2022)

Der Mitgliederschwund ist ein sichtbarer Indikator dieser Erosion. Ende 2024 hatte die SPD nach ihrem Rechenschaftsbericht 357.116 Mitglieder. Noch wichtiger als die absolute Zahl ist jedoch die qualitative Verschiebung innerhalb der Partei. Professionalisierte Apparate, Fraktionen, Ministerien und politische Kommunikation gewannen relativ an Gewicht, während betriebliche und lokale Vermittlungsstrukturen schwächer wurden. (Deutscher Bundestag 2026b; Mielke/Ruhose 2024)

Damit veränderte sich auch der politische Erkenntnisprozess. Eine Partei, die stark in Betrieben, Vereinen und Stadtteilen verankert ist, nimmt Konflikte über ihre eigenen Mitglieder und Organisationen wahr. Werden diese Verbindungen dünner, gewinnen Umfragen, Medienlogiken, administrative Kategorien und professionelle Kampagnen an Bedeutung. Das erhöht technische Kommunikationsfähigkeit, kann aber die soziale Rückkopplung schwächen. (Mielke/Ruhose 2024; Mielke/Ruhose 2025)

Mit der Erosion des Milieus veränderte sich auch politische Sozialisation. Solidarität, Tarifautonomie und Mitbestimmung wurden seltener in stabilen Organisationen praktisch erfahren; politische Orientierungen und Wahlentscheidungen wurden volatiler. (Süß 2022; Reckwitz 2017)

Die Erosion betrifft nicht nur die SPD selbst, sondern auch andere intermediäre Organisationen. Gewerkschaften bleiben wichtige Träger kollektiver Interessenvertretung, erreichen aber über Tarifbindung und betriebliche Organisation einen kleineren Teil der Arbeitswelt; 2025 arbeitete nur noch knapp die Hälfte der Beschäftigten in tarifgebundenen Betrieben. Auch die beiden großen Kirchen verlieren seit Jahren Mitglieder und damit einen Teil ihrer früheren sozialen Bindungs- und Vermittlungskraft. Damit werden jene Institutionen schwächer, die Interessen, Wertorientierungen und Alltagserfahrungen über längere Zeit in relativ stabile gesellschaftliche Deutungen übersetzten. (Destatis 2026e; EKD/Deutsche Bischofskonferenz 2026)

Gleichzeitig verändert die Digitalisierung den Rahmen politischer Kommunikation. Soziale Medien ermöglichen Parteien und Bürgern direkte Kommunikation und neue Formen der Mobilisierung, schwächen aber die frühere Gatekeeper-Rolle klassischer Medien und fördern eine stärker fragmentierte, beschleunigte und von Plattformlogiken geprägte Öffentlichkeit. Aufmerksamkeit entsteht häufiger über Zuspitzung, Emotionalisierung und personalisierte

Inhalte; gemeinsame Informationsräume werden schwieriger herzustellen. Für eine Partei wie die SPD verschärft sich damit das Problem, dass der Verlust dauerhafter organisatorischer Bindungen nicht einfach durch professionelle Online-Kommunikation ersetzt werden kann. (Haßler 2024; Mahrt 2024)

Diese Entwicklung begünstigt Parteien mit zugespitzten Konflikterzählungen. Eine dauerhaft regierende und kompromissorientierte SPD gerät demgegenüber in ein strukturelles Kommunikationsproblem: Ihre institutionelle Verantwortung verlangt Differenzierung und Kompromiss, während ihre geschwächte gesellschaftliche Basis immer weniger vorpolitische Loyalität bereitstellt. Der organisatorische Niedergang und der Verlust einer eigenständigen Erzählung verstärken sich dadurch gegenseitig. (Mielke/Ruhose 2024; Mielke/Ruhose 2025)

Der Rückgang des sozialdemokratischen Unterbaus ist deshalb nicht bloß ein Organisationsproblem neben anderen Ursachen. Er verändert die Bedingungen, unter denen soziale Interessen überhaupt zu sozialdemokratischen Interessen werden. Wo Gewerkschaft, Verein, Betriebsrat oder lokale Parteiorganisation als Vermittlungsinstanz fehlen, bleibt Lohnabhängigkeit eine individuelle Erfahrung, die politisch in sehr unterschiedliche Richtungen gedeutet werden kann. (Dörre 2009; Holzkamp 1983)

8. Regierungsbeteiligungen und die Krise sozialdemokratischer Repräsentation

Zwischen 1998 und 2024 war die SPD 23 von 27 Jahren an der Bundesregierung beteiligt. Diese außergewöhnliche Dauer staatlicher Präsenz widerlegt die Vorstellung, der Niedergang sei durch mangelnden Zugang zu politischer Macht verursacht worden. Vielmehr zeigt sich ein Regierungsparadox: Je stärker die Partei in staatliche Verantwortung eingebunden blieb, desto schwächer wurde ihre gesellschaftliche Basis. (Deutscher Bundestag 2026a; Dostal 2025: 270)

Regierungsbeteiligung verursacht nicht automatisch Niedergang. Problematisch wird sie, wenn staatliche Machbarkeit die gesellschaftliche Interessenbildung dominiert. Koalitionszwang, Haushaltslogik, Ressortverantwortung und administrative Kontinuität erzeugen einen Anpassungsdruck, der den politischen Horizont auf das im jeweiligen Kräfteverhältnis unmittelbar Durchsetzbare verengt. Wird dieser Kompromiss anschließend als eigene Gesamtpolitik verteidigt, verschwimmt die eigenständige Repräsentationsfunktion der Partei. (Mielke/Ruhose 2024; Mielke/Rose 2025)

Diese Logik prägt auch die Regierung Merz-Klingbeil sichtbar. Die SPD trägt eine Politik mit, die große kreditfinanzierte Investitionen ermöglicht und zugleich den sogenannten konsumtiven Bereich unter Konsolidierungsdruck setzt. Der Bundeshaushalt 2026 umfasst knapp 525 Milliarden Euro; das Sondervermögen Infrastruktur und Klimaschutz hat ein Volumen von 500 Milliarden Euro. Der DGB kritisiert gleichzeitig Kürzungsdruck bei

Gesundheit, Wohnen, Familie, Klima und Sozialversicherungszuschüssen. (Bundesregierung 2026a; DGB 2026a; DGB 2026b)

Für die Repräsentationskrise ist nicht allein die Höhe einzelner Kürzungen entscheidend, sondern die politische Asymmetrie. Investitionen, Verteidigung und Unternehmensentlastungen werden als Voraussetzungen wirtschaftlicher Zukunft behandelt; soziale Dienstleistungen und Transfers erscheinen stärker als zu begrenzende laufende Ausgaben. Das Memorandum 2026 kritisiert diese Unterscheidung, weil Bildung, Pflege, Gesundheit, kommunales Personal und soziale Sicherung selbst Bestandteile gesellschaftlicher Reproduktion und wirtschaftlicher Stabilität sind. (Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik 2026)

In der Wirtschaftspolitik verbindet die Regierung öffentliche Investitionen mit degressiven Abschreibungen, Energieentlastungen, Bürokratieabbau und einer schrittweisen Senkung der Körperschaftsteuer. Damit reagiert sie auf die Investitionsschwäche, bleibt aber zugleich in einer angebotsorientierten Standortlogik. Für die SPD entsteht daraus ein Wiedererkennungsproblem: Sie ist an dem Versuch einer realen Investitionswende beteiligt, administriert aber gleichzeitig jene Konsolidierungs- und Entlastungslogik, die ihre frühere Rolle als soziale Schutzmacht relativiert. (DGB 2026b; Bundesfinanzministerium 2025)

Auch sozialpolitisch ist das Bild widersprüchlich. Das Rentenniveau soll bis 2031 bei 48 Prozent stabilisiert werden; zugleich wird die Grundsicherung stärker mit Aktivierung, Arbeitsaufnahme und Haushaltskonsolidierung verbunden. Der DGB wandte sich 2026 ausdrücklich gegen eine Krisendeutung, die Beschäftigte, Kranke, Teilzeitkräfte oder Sozialleistungsbeziehende zum zentralen Wettbewerbsproblem erklärt. (Bundesregierung 2026b; DGB u. a. 2026c)

Die langjährige Regierungsbeteiligung verstärkte damit den Rollenwandel von gesellschaftlicher Interessenorganisation zu staatlicher Konfliktadministration. So konnte Regierungspräsenz mit fortschreitendem Hegemonieverlust einhergehen. (Dostal 2025: 270; Mielke/Ruhose 2024; Mielke/Rose 2025)

9. Die Pluralisierung des Parteiensystems und die konkurrierenden Krisenerzählungen

Der Niedergang der SPD vollzieht sich in einem pluralisierten Parteiensystem. Die Bundestagswahl 2025 machte diese Struktur deutlich: CDU/CSU erreichten 28,6 Prozent, die AfD 20,8 Prozent, die SPD 16,4 Prozent, die Grünen 11,6 Prozent und die Linke 8,8 Prozent, das BSW erreichte 4,98 Prozent und die FDP 4,3 Prozent. Keine Partei verfügt über eine gesellschaftliche Mehrheitsstellung, wie sie die beiden ehemaligen Volksparteien früher beanspruchen konnten. (Bundeswahlleiterin 2025)

Für die SPD ist entscheidend, dass ihre frühere soziale Koalition nicht einfach verschwunden ist. Ihre Bestandteile werden heute von unterschiedlichen politischen Angeboten angesprochen. Ökologisch orientierte professionelle Gruppen finden bei den Grünen eine Erzählung von Modernisierung und Transformation. Jüngere und stärker verteilungspolitisch orientierte Gruppen finden bei der Linken eine Konflikterzählung sozialer Ungleichheit. Teile der Lohnabhängigen und Selbständigen werden von der AfD durch eine nationalisierte Deutung von Kontrollverlust, Migration und Statusbedrohung angesprochen. Ordnungs- und stabilitätsorientierte Mittelschichten wenden sich stärker der Union zu.

(Schläger/Engels/Loew 2025: 8–9; Hövermann 2025; Mau 2024)

Diese Konkurrenz ist nicht nur kommunikativ. Die Erzählungen knüpfen an reale, wenn auch selektiv interpretierte Erfahrungen an. Wohnungsnot, Arbeitsplatzunsicherheit, Migration, Klimawandel, regionale Ungleichheit, staatliche Funktionsdefizite und Vermögenskonzentration existieren gleichzeitig. Parteien unterscheiden sich darin, welche Ursachen sie hervorheben und welche Konfliktlinien sie daraus konstruieren. (Hövermann 2025; Heitmeyer 2002–2011; Abou-Chadi 2026; Lewandowsky/Neuenfeld 2026)

Die SPD gerät dadurch in eine besondere Lage. Als langjährige Regierungspartei kann sie Krisenerfahrungen weniger glaubwürdig ausschließlich äußeren Gegnern zuschreiben. Zugleich fehlt ihr nach Agenda 2010 und langjähriger Koalitionspolitik eine konsistente eigene Konfliktdeutung, die verschiedene Teile ihrer früheren Koalition zusammenhält. Eine additive Programmatik aus sozialer Sicherung, ökologischer Modernisierung, innerer Sicherheit und wirtschaftlicher Wettbewerbsfähigkeit kann viele Themen abdecken, erzeugt aber nicht notwendig ein gemeinsames politisches Zentrum. (Mielke/Ruhose 2024; Stöss 2025)

Der Aufstieg der AfD verschärft diese Lage. Studien zu Reaktionen etablierter Parteien auf die radikale Rechte zeigen, dass die Übernahme rechter Problemrahmungen deren Wählerschaft nicht automatisch zurückgewinnt und zugleich die Salienz jener Themen erhöhen kann, auf denen radikal rechte Parteien als glaubwürdiger wahrgenommen werden. Für die Ursachenanalyse bedeutet dies: Die SPD verliert nicht nur Wähler an die AfD, sondern kann durch defensive Anpassung zusätzlich die Deutungsordnung stärken, in der ihre Konkurrentin Vorteile besitzt. (Abou-Chadi 2026; Lewandowsky/Neuenfeld 2026)

Die Pluralisierung ist damit zugleich Resultat und Verstärker des Niedergangs: Der Zerfall alter Bindungen schafft neue politische Adressen, deren Existenz die frühere sozialdemokratische Bündelfunktion weiter schwächt. (Dostal 2025: 270; Mielke/Ruhose 2024; Bundeswahlleiterin 2025)

Dass die Repräsentationskrise 2026 auch innerhalb der SPD als grundlegend wahrgenommen wird, dokumentiert der Krisengipfel vom 27. März. Er folgte auf weitere schwere Wahlniederlagen; Parteivorsitzende Bärbel Bas begründete die notwendige Selbstkritik ausdrücklich mit der Frage, warum die SPD dort stehe, wo sie stehe. Als

Primärbefund ist daran weniger der angekündigte Erneuerungsprozess als die Diagnose relevant: Die Parteiführung selbst behandelt die Krise nicht mehr als isolierte Wahlkampfpanne, sondern als Problem von Profil, politischem Angebot und gesellschaftlicher Anschlussfähigkeit. (Markwald 2026)

10. Die SPD-Krise als Teil einer organischen Krise des bisherigen historischen Blocks

Die vorherigen Ursachen bündeln sich in einer umfassenderen Krise des bisherigen historischen Blocks. Der Begriff der organischen Krise bezeichnet keine unmittelbar bevorstehende Auflösung staatlicher oder wirtschaftlicher Institutionen. Er beschreibt eine Konstellation, in der ökonomische Funktionsprobleme, gesellschaftliche Desintegration und politische Repräsentationsprobleme gleichzeitig auftreten und die bisherige Entwicklungsrichtung ihre Integrationskraft verliert. (Gramsci 1991–2002)

Ökonomisch gerät das exportorientierte Akkumulationsmodell unter Druck. Sozialstrukturell fragmentieren sich die Lohnabhängigen. Institutionell sinken Tarifbindung und organisatorische Einbettung. Politisch pluralisiert sich das Parteiensystem, während autoritäre und nationalistische Krisendeutungen an Gewicht gewinnen. Die SPD ist von all diesen Entwicklungen besonders betroffen, weil ihre historische Funktion gerade in der Vermittlung zwischen diesen Ebenen bestand. (Krüger 2024; Dörre 2009; Hövermann 2025; Destatis 2026e)

Krügers Begriff einer noch nicht abgeschlossenen neuen gesellschaftlichen Betriebsweise hilft, die Offenheit dieser Konstellation zu verstehen. Digitalisierung und Dekarbonisierung verändern Produktivkräfte und Investitionsstrukturen, bilden aber noch kein kohärentes neues Akkumulationsregime. Technologische Modernisierung kann mit sehr unterschiedlichen Eigentums-, Macht- und Verteilungsverhältnissen verbunden werden. Die Krise des alten Modells produziert deshalb nicht automatisch eine neue stabile Ordnung. (Krüger 2024; Krüger 2019; Krüger 2021)

Auch die Finanzpolitik der Regierung Merz-Klingbeil ist Ausdruck dieser Übergangslage. Die rigide Begrenzung öffentlicher Investitionen wurde teilweise aufgegeben; gleichzeitig bleibt der Konsolidierungsdruck im Kernhaushalt bestehen. Für 2026 werden staatliche Steuereinnahmen von rund 999 Milliarden Euro erwartet, während neue Kreditspielräume und Sondervermögen genutzt werden. Das alte fiskalische Dogma ist damit gelockert, ohne dass sich bereits eine konsistente neue Ordnung herausgebildet hätte. (Bundesministerium der Finanzen 2026a; Bundesministerium der Finanzen 2026b)

Aus Sicht des Memorandum 2026 handelt es sich um eine Mehrfachkrise, in der Finanz-, Sozial-, Transformations- und geopolitische Probleme miteinander verbunden sind. Die Reaktion der Regierung bleibt widersprüchlich: expansive Investitionspolitik steht neben

Austeritätsdruck im sogenannten konsumtiven Bereich; industriepolitische Modernisierung neben Unternehmensentlastungen; soziale Sicherung neben erneuter Aktivierungsrhetorik. (Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik 2026)

Für die SPD verschärft diese Übergangslage die bereits bestehende Repräsentationskrise. Sie ist weder eindeutige Oppositionskraft gegen die alte Ordnung noch deren unangefochtene politische Führungsmacht. Als Mitträgerin des bisherigen Blocks ist sie an dessen Krisenfolgen gebunden; als sozialdemokratische Partei wird sie zugleich an Erwartungen gemessen, die über diesen Block hinausweisen. Diese doppelte Bindung erzeugt eine strukturelle Identitäts- und Glaubwürdigkeitskrise. (Gramsci 1991–2002; Stöss 2025; Krüger 2017)

Die Existenzkrise 2026 ist damit der vorläufige Endpunkt eines langen Prozesses. Sie entstand aus der Wechselwirkung politischer Entscheidungen und gesellschaftlicher Strukturveränderungen: aus dem Bruch des Schutzversprechens, der Erosion des exportorientierten Kompromisses, der Mitträgerschaft markoliberaler Politik, der Fragmentierung der Lohnabhängigen, dem organisatorischen Rückbau, der dauerhaften Regierungsintegration und der Pluralisierung konkurrierender Krisendeutungen. Keine dieser Ursachen erklärt den Niedergang allein. In ihrer Verbindung erklären sie jedoch, warum die SPD trotz institutioneller Kontinuität ihre frühere hegemoniale Stellung verloren hat. (Dostal 2025: 270; Stöss 2022; Gramsci 1991–2002; Mielke/Ruhose 2024; Krüger 2024)

Der europäische Vergleich relativiert zugleich jede ausschließlich deutsche Erklärung. Henrik Meyer beschreibt 2026 eine breitere Krise sozialdemokratischer Parteien in Mittel- und Westeuropa. Für die SPD folgt daraus keine Auflösung der nationalen Ursachen: Agenda 2010, Exportmodell und die außergewöhnlich lange Regierungsbeteiligung bleiben spezifisch deutsch. Der Vergleich zeigt jedoch, dass Deindustrialisierung, Fragmentierung traditioneller Milieus, kulturelle Polarisierung und der Aufstieg der radikalen Rechten auch andere sozialdemokratische Parteien unter Druck setzen. Die deutsche Existenzkrise ist damit eine besondere Ausprägung einer europäischen Repräsentationskrise der linken Mitte. (Meyer 2026)

Schluss: Der Niedergang als kumulative Erosion

Der Niedergang der SPD seit 1998 ist weder monokausal noch schicksalhaft. Er ist das Ergebnis einer kumulativen Erosion. Sozialstruktureller Wandel veränderte die Zusammensetzung der Lohnabhängigen; politische Entscheidungen schwächten das Vertrauen in das sozialdemokratische Schutzversprechen; ökonomische Strukturveränderungen untergruben die materielle Grundlage des früheren Klassenkompromisses; organisatorische Erosion reduzierte die Fähigkeit, heterogene Erfahrungen in gemeinsame Interessen zu übersetzen. (Stöss 2022; Süß 2022; Krüger 2024; Dörre 2009)

Die Agenda 2010 besitzt in diesem Zusammenhang eine Schlüsselstellung, weil sie gesellschaftliche Strukturveränderung und politische Selbstveränderung miteinander verband. Die SPD reagierte auf Globalisierung, Arbeitslosigkeit und Standortkonkurrenz nicht nur mit sozialstaatlicher Anpassung, sondern übernahm wesentliche Elemente einer marktliberalen Problemdefinition. Dadurch wurde aus einer Krise äußerer Bedingungen eine Krise politischer Repräsentation. (Stöss 2022; Decker 2026; Stöss 2025)

Die lange Regierungsbeteiligung verstärkte diesen Prozess. Sie sicherte institutionelle Relevanz, band die Partei aber zugleich dauerhaft an Koalitionskompromisse, administrative Machbarkeit und fiskalische Restriktionen. Damit wurde der Abstand zwischen staatlicher Präsenz und eigenständiger gesellschaftlicher Führung größer (Dostal 2025: 270; Mielke/Ruhose 2024; Mielke/Rose 2025).

Die ökonomische Krise des deutschen Modells verschärft diese Entwicklung seit den 2020er Jahren. Die frühere Verbindung von Exporterfolg, industrieller Beschäftigung, Tarifmacht und sozialstaatlicher Finanzierung funktioniert weniger zuverlässig. Die Regierung Merz-Klingbeil reagiert darauf mit einer partiellen Investitionswende, reproduziert jedoch zugleich eine Unterscheidung zwischen privilegierten investiven Ausgaben und unter Konsolidierungsdruck stehenden sozialen beziehungsweise „konsumtiven“ Ausgaben. Aus Sicht von DGB und Memorandum 2026 setzt sich damit eine Krisendeutung fort, die gesellschaftliche Reproduktion gegenüber Investition und Wettbewerbsfähigkeit abwertet. (DGB 2026a; DGB 2026b; Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik 2026)

Die Wahlniederlage 2025 ist daher weniger Ursache als Symptom. Sie macht sichtbar, dass die SPD ihre frühere Vorrangstellung in der Arbeitnehmerschaft ebenso verloren hat wie ihre Fähigkeit, neue Mittelschichten dauerhaft an sich zu binden. Die frühere sozialdemokratische Koalition verteilt sich auf konkurrierende Parteien und Krisenerzählungen. (Schläger/Engels/Loew 2025: 8–9; Bundeswahlleiterin 2025)

Die Existenzkrise 2026 besteht folglich in einem Funktionsverlust: Die SPD ist weiterhin Partei, Fraktion, Regierungsakteurin und organisatorische Institution, aber sie verfügt nicht mehr selbstverständlich über die gesellschaftliche Fähigkeit, heterogene Interessen unter einer von ihr geprägten Entwicklungsrichtung zusammenzuführen. Der Niedergang ist damit am präzisesten als Hegemonieverlust zu fassen – als langfristige Entkopplung von staatlicher Macht, sozialer Verankerung und politischer Führung. (Dostal 2025: 270; Gramsci 1991–2002; Mielke/Ruhose 2024)

Literatur- und Quellenverzeichnis

Abou-Chadi, Tarik (2026): Teufelskreis. Wie Parteien der demokratischen Mitte auf radikal rechte Parteien reagieren. Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung.

<https://www.fes.de/themen/demokratie/teufelskreis> (8.9.2026).

Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik (2026): Memorandum 2026. Aufbruch aus der Mehrfachkrise: Gerechte Finanzpolitik, stabiler Sozialstaat und nachhaltige Transformation. Bremen.

<https://www.alternative-wirtschaftspolitik.de/de/article/10656921.memorandum-2026.html> (8.9.2026).

Bundesagentur für Arbeit (2026): Arbeitsmarkt im Juli 2026. 3,007 Mio. Arbeitslose, Arbeitslosenquote 6,4 %; saisonbereinigt +6.000 gegenüber Juni.

<https://www.arbeitsagentur.de/presse/2026-30-arbeitsmarkt-im-juli-2026> (8.9.2026).

Bundesministerium der Finanzen (2026a): Bundeshaushalt 2026 und Finanzplanung. Investitionen über den Finanzplanungszeitraum auf hohem Niveau von rund 120 Mrd. Euro jährlich; Sondervermögen Infrastruktur und Klimaneutralität.

Bundesministerium der Finanzen (2026b): Ergebnisse der 170. Steuerschätzung, 07.05.2026. Erwartete Steuereinnahmen 2026 für Bund, Länder und Gemeinden: 998,7 Mrd. Euro.

<https://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Pressemitteilungen/Finanzpolitik/2026/05/2026-05-07-ergebnisse-der-170-steuerschaetzung.html> (8.9.2026).

Bundesregierung (2026a): Bundeshaushalt 2026: Investitionen für die Zukunft. Ausgaben knapp 525 Mrd. Euro; Sondervermögen Infrastruktur und Klimaschutz 500 Mrd. Euro.

<https://www.bundesregierung.de/breg-de/aktuelles/bundeshaushalt-2026-2374030> (8.9.2026).

Bundesregierung (2026b): Schwerpunkte des Koalitionsvertrages. Neue Grundsicherung für Arbeitssuchende; Stabilisierung des Rentenniveaus bei 48 Prozent bis 2031; Investitions- und Unternehmensentlastungspolitik.

<https://www.bundesregierung.de/breg-de/suche/schwerpunkt-des-koalitionsvertrags-2344224> (8.9.2026).

Bundesregierung/Bundesfinanzministerium (5.6.2025): Rede Lars Klingbeil zum steuerlichen Investitionssofortprogramm. Wachstumsbooster, degressive Abschreibungen, Energiepreise, Bürokratieabbau und öffentliche Investitionen.

<https://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Reden/2025/2025-06-05-bundestag-wachstumsbooster-klingbeil.html> (8.9.2026).

Decker, Frank (2026): Etappen der Parteigeschichte der SPD. Bundeszentrale für politische Bildung, 16.01.2026. Maßgebliche Textabschnitte: „Agenda 2010 und Verlust der Kanzlerschaft“ sowie „Absturz in der Wählergunst, Große Koalitionen und Opposition“. HTML

ohne feste Seitenzählung.

<https://www.bpb.de/themen/parteien/parteien-in-deutschland/spd/42082/etappen-der-parteigeschichte-der-spd/> (8.9.2026).

Deutsche Bischofskonferenz (2026): Kirchenstatistik 2025.

<https://www.dbk.de/presse/kirchenstatistik-2025> (8.9.2026).

Deutsche Bundesbank (2026): Monatsbericht Juli 2026, Kurzbericht Konjunkturlage. Leichte Zunahme der Wirtschaftsleistung im 2. Quartal; resiliente Industrie und dynamische Auslandsnachfrage. <https://publikationen.bundesbank.de/publikationen-de/berichte-studien/monatsberichte/monatsbericht-juli-2026-1000490> (8.9.2026).

Deutscher Bundestag (2026a): Bundestagswahlergebnisse seit 1949 – Zweitstimmen. SPD: 40,9 % (1998), 38,5 % (2002), 34,2 % (2005), 23,0 % (2009), 25,7 % (2013), 20,5 % (2017), 25,7 % (2021), 16,4 % (2025). Online-Angebot des Deutschen Bundestages;.

https://www.bundestag.de/parlament/wahlen/ergebnisse_seit1949-244692 (8.9.2026).

Deutscher Bundestag (2026b): Bekanntmachung von Rechenschaftsberichten politischer Parteien für das Kalenderjahr 2024, BT-Drs. 21/4150, 16.02.2026. SPD: 357.116 Mitglieder zum Jahresende 2024.

<https://www.bundestag.de/parlament/praesidium/parteienfinanzierung/rechenschaftsberichte/> (8.9.2026).

DGB (2025): Haushalt 2026: Investitionen verlässlich umsetzen, Kürzungen abwenden. Kritik an Konsolidierung, Sozialstaatsabbau, Arbeitszeitverlängerung und Unternehmensentlastungen. <https://www.dgb.de/aktuelles/news/haushalt-2026-investitionen-verlaesslich-umsetzen-kuerzungen-abwenden/> (8.9.2026).

DGB (2026a): Bundeshaushalt 2026: Sozialabbau statt Zukunftsinvestitionen. Stellungnahme vom 29.4.2026. Bundeshaushalt 2026: Sozialabbau statt Zukunftsinvestitionen. Kritik an Kürzungskurs außerhalb der Verteidigung, Sozialversicherungszuschüssen und unzureichender Reform der Schuldenbremse.

<https://www.dgb.de/presse/pressemitteilungen/agenturzitat/bundeshaushalt-2026-sozialabbau-statt-zukunftsinvestitionen/> (8.9.2026).

DGB (2026b): DGB kritisiert Kabinettsbeschluss zum Bundeshaushalt. Kritik an Kürzungen bei Gesundheit, Wohnen, Familie und KTF sowie an der geplanten Körperschaftsteuersenkung; Forderung nach stärkerer Besteuerung großer Vermögen, Erbschaften und Gewinne.

<https://www.dgb.de/presse/pressemitteilungen/pressemitteilung/dgb-kritisiert-kabinettsbeschluss-zum-bundeshaushalt/> (8.9.2026).

DGB (2026d): DGB fordert Vermögensabgabe für Superreiche. Kritik an steuerlicher Privilegierung großer Vermögen und Unternehmervermögen.

<https://www.dgb.de/aktuelles/news/dgb-fordert-vermoegensabgabe-fuer-superreiche/> (8.9.2026).

DGB u. a. (2026c): Gerechtigkeit statt Spaltung. Gemeinsame Erklärung zur Debatte um Wirtschaft und Sozialstaat.

<https://www.dgb.de/presse/pressemitteilungen/pressemitteilung/gerechtigkeit-statt-spaltung/> (8.9.2026).

Die Bundeswahlleiterin (2025): Bundestagswahl 2025: Endgültiges Ergebnis.

Pressemitteilung Nr. 29/25 vom 14.03.2025. SPD 16,4 %, CDU/CSU 28,6 %, AfD 20,8 %.

https://bundeswahlleiterin.de/info/presse/mitteilungen/bundestagswahl-2025/29_25_endgueltiges-ergebnis.html (8.9.2026).

Dostal, Jörg Michael (2025): German Social Democracy: Hollowed Out But Still (Almost Always) in Government, in: The Political Quarterly 96 (2), S. 270–280. <https://doi.org/10.1111/1467-923X.13544>.

Dullien, Sebastian/Bauermann, Tom/Herzog-Stein, Alexander/Paetz, Christoph/Rietzler, Katja/Stein, Ulrike/Stephan, Sabine/Tober, Silke/Watzka, Sebastian (2025): Modell Deutschland neu justieren – Nachfrage und Innovationen stärken. Wirtschaftspolitische Herausforderungen 2025. IMK Report Nr. 194. Düsseldorf: Hans-Böckler-Stiftung, 28 S.

https://www.boeckler.de/fpdf/HBS-009025/p_imk_report_194_2025.pdf (8.9.2026).

Dörre, Klaus (2009): Prekarität im Finanzmarkt-Kapitalismus. in: Castel, Robert/Dörre, Klaus (Hrsg.): Prekarität, Abstieg, Ausgrenzung. Frankfurt/New York: Campus, S. 35–64.

Dörre, Klaus (2025): Backlash! Krise, blockierte Transformation und gewerkschaftliche Antworten. in: spw. Zeitschrift für sozialistische Politik und Wirtschaft 246/2025, S. 20–28.

<https://www.spw.de/backlash/> (8.9.2026).

Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) (2026): Evangelische Kirche veröffentlicht Mitgliedszahlen für das Jahr 2025. <https://www.ekd.de/evangelische-kirche-veroeffentlicht-mitgliedszahlen-fuer-das-95045.htm> (8.9.2026).

Forsa (Anfang August 2026), veröffentlicht u. a. n-tv am 4.8.2026: Allgemeine politische Kompetenz („mit den Problemen in Deutschland am besten fertig“): AfD 14 %, CDU 12 %, Grüne 6 %, Linke 6 %, SPD 4 %.

Forschungsgruppe Wahlen/ZDF (2026): ZDF-Politbarometer Juli II 2026, veröffentlicht 31.07.2026; Erhebung 28.–30.07.2026, n=1.405. Projektion: CDU/CSU 23 %, AfD 28 %, SPD 12 %, Grüne 13 %, Linke 12 %, FDP 4 %; politische Stimmung: SPD 13 %.

Gramsci, Antonio (1991–2002): Gefängnishefte. Kritische Gesamtausgabe. Hamburg.

Haßler, Jörg (2024): Soziale Medien und die Kommunikation politischer und staatlicher Institutionen. Bundeszentrale für politische Bildung, 01.03.2024.

<https://www.bpb.de/themen/medien-journalismus/soziale-medien/545485/soziale-medien-und-die-kommunikation-politischer-und-staatlicher-institutionen/> (8.9.2026).

Heitmeyer, Wilhelm (Hg.) (2002–2011): Deutsche Zustände, Folgen 1–10. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Holzkamp, Klaus (1983): Grundlegung der Psychologie. Frankfurt am Main/New York.

Horn, Alexander/Klüser, Jonathan/Rittershaus, Simon/Haselmayer, Martin (2025): Unequal German Democracy and the Rise of the 'Lifestyle-Left'? How Left Parties in Germany Conceive of (In)Equality, 1970–2021. German Politics, online veröffentlicht am 12.03.2025; Jg. 35 (2026), H. 1, S. 29–52. DOI: <https://doi.org/10.1080/09644008.2025.2453242>.

Hövermann, Andreas (2025): Die Verdopplung des AfD-Elektorats. Erkenntnisse aus dem WSI-Erwerbspersonenpanel 2020–2025. WSI Study Nr. 42. Düsseldorf, insb. S. 43–60. https://www.wsi.de/fpdf/HBS-009196/p_wsi_studies_42_2025.pdf (8.9.2026).

Infratest dimap (2026a): ARD-DeutschlandTrend Juli 2026. Erhebungszeitraum 29.06.–01.07.2026, n=1.317. Sonntagsfrage: SPD 12 %, AfD 27 %, CDU/CSU 22 %, Grüne 15 %, Linke 11 %, FDP 4 %. HTML ohne feste Seitenzählung. <https://www.infratest-dimap.de/umfragen-analysen/bundesweit/ard-deutschlandtrend/2026/juli/> (8.9.2026).

Infratest dimap/ARD (2026b): ARD-DeutschlandTrend August 2026, Befragung 3.–5.8.2026, n=1.297. Sonntagsfrage: AfD 28 %, CDU/CSU 21 %, Grüne 15 %, SPD 12 %, Linke 11 %, FDP 4 %; Regierungszufriedenheit 13 %. <https://www.infratest-dimap.de/umfragen-analysen/bundesweit/ard-deutschlandtrend/2026/august/> (8.9.2026).

Infratest dimap/ARD (2026c): Kompetenzzuschreibungen zur SPD bei Landtagswahlen in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz; soziale Gerechtigkeit bleibt ein wichtiges SPD-Feld, ist aber keine unangefochtene bundesweite Exklusivkompetenz mehr.

Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (2025): Ost-West-Lohnlücke 2024 noch 14 %; mittleres Vollzeitentgelt West 4.117 Euro, Ost 3.539 Euro. <https://iab.de/presseinfo/trotz-schrumpfender-lohnluicke-beschaefigte-im-osten-verdienen-immer-noch-14-prozent-weniger-als-im-westen/> (8.9.2026).

Ipsos (2026): Sonntagsfrage 31.7.–2.8.2026: SPD 12 %. Erhebung veröffentlicht am 5.8.2026.

Konrad-Adenauer-Stiftung (2025): Wahlanalyse Bundestagswahl 23.02.2025. Berlin, Februar 2025. Wählerwanderung der SPD: ca. 1,76 Mio. zur Union, 720.000 zur AfD, 560.000 zur Linken, 440.000 zum BSW. <https://www.kas.de/de/monitor-wahl-und-sozialforschung/detail/-/content/analysis-of-the-bundestag-election-in-germany-on-23-february-2025> (8.9.2026).

Krüger, Stephan (2017): Soziale Ungleichheit. Private Vermögensbildung, sozialstaatliche Umverteilung und Klassenstruktur. Hamburg.

<https://www.vsa-verlag.de/nc/detail/artikel/soziale-ungleichheit/> (8.9.2026).

Krüger, Stephan (2019): Profitraten und Kapitalakkumulation in der Weltwirtschaft. Arbeits- und Betriebsweisen seit dem 19. Jahrhundert und der bevorstehende Epochenwechsel.

Hamburg. https://www.vsa-verlag.de/index.php?id=6576&tx_ttnews%5Btt_news%5D=18552 (8.9.2026).

Krüger, Stephan (2021): Weltmarkt und Weltwirtschaft. Internationale Arbeitsteilung, Entwicklung und Unterentwicklung, Hegemonialverhältnisse und zukünftiger Epochenwechsel. Hamburg. <https://www.vsa-verlag.de/nc/detail/artikel/weltmarkt-und-weltwirtschaft/> (8.9.2026).

Krüger, Stephan (2024): Der deutsche Kapitalismus 1950–2023. Inflation, Beschäftigung, Umverteilung, Profitraten, Finanzkrisen, Weltmarkt. Hamburg.

<https://www.vsa-verlag.de/nc/detail/artikel/der-deutsche-kapitalismus-1950-2023/> (8.9.2026).

Lewandowsky, Marcel/Neuenfeld, Anna-Lisa (2026): Parteien im Stresstest. Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung. <https://www.fes.de/themen/demokratie/parteien-im-stresstest> (8.9.2026).

Mahrt, Merja (2024): Soziale Medien im Spannungsfeld zwischen Demokratisierung und Fragmentierung der Öffentlichkeit. Bundeszentrale für politische Bildung, 01.03.2024; ergänzend: Wahlkampf digital, APuZ 2025. <https://www.bpb.de/themen/medien-journalismus/soziale-medien/545791/soziale-medien-im-spannungsfeld-zwischen-demokratisierung-und-fragmentierung-der-oeffentlichkeit/> (8.9.2026).

Markwald, Nicole/ARD-Hauptstadtstudio (27.03.2026): SPD-Krisengipfel: Wie kann es weitergehen? tagesschau.de. HTML ohne feste Seitenzählung.

<https://www.tagesschau.de/inland/innenpolitik/krisengipfel-spd-100.html> (8.9.2026).

Marx, Karl (1962/1964): Das Kapital. Bd. I, MEW 23, und Bd. III, MEW 25. Berlin: Dietz.

Mau, Steffen (2024): Ungleich vereint. Warum der Osten anders bleibt. Berlin.

<https://www.suhrkamp.de/buch/steffen-mau-ungleich-vereint-t-9783518029893> (8.9.2026).

Meyer, Henrik (30.4.2026): Sind sie noch zu retten? Zur Krise der Sozialdemokratie in Mittel- und Westeuropa. Internationale Politik und Gesellschaft (IPG-Journal), Rubrik Zukunft der Sozialdemokratie.

<https://www.ipg-journal.de/rubriken/zukunft-der-sozialdemokratie/artikel/sind-sie-noch-zu-retten-9032/> (8.9.2026).

Mielke, Gerd/Rose, Fedor (2025): Absturz mit Ansage. Die SPD und die Bundestagswahl 2025. Theorie und Praxis der Sozialen Arbeit 2/2025, S. 102–110.

Mielke, Gerd/Ruhose, Fedor (2024): Auf dünnem Eis. Die SPD in Krisenzeiten. Frankfurt am Main/New York. <https://campus.de/wissenschaft/politikwissenschaft/auf-duennem-eis/CAM51843> (8.9.2026).

Mielke, Gerd/Ruhose, Fedor (2025): Was nun erwartet wird. Kommunikation mit dem gesellschaftlichen Umfeld – Herausforderung für die SPD. Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte 72 (1–2), S. 20–23.

Reckwitz, Andreas (2017): Die Gesellschaft der Singularitäten. Berlin.

Schläger, Catrina/Engels, Jan Niklas/Loew, Nicole (2025): Analyse der Bundestagswahl 2025. Eine harte Niederlage mit einer doppelten Herausforderung für die Sozialdemokratie. Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung, insb. S. 8–9. <https://library.fes.de/pdf-files/a-p-b/21862-20250226.pdf> (8.9.2026).

SPD-Parteivorstand (08.02.2026): Fünf sozialdemokratische Eckpfeiler für Wettbewerbsfähigkeit und Wohlstand. Beschluss des SPD-Parteivorstandes. Berlin. https://www.spd.de/fileadmin/Dokumente/Beschluesse/Parteispitze/PV_2026/260802_Eckpfeiler_Wettbewerbsfaehigkeit_und_Wohlstand.pdf (8.9.2026).

spw (2025): Zu den Ergebnissen der Bundestagswahl 2025 – Debatten für die spw.

spw (2026): Work in Progress – Version 03.03.2026.

Statistisches Bundesamt (2026d): Reallöhne im 1. Quartal 2026 um 1,8 % gegenüber dem Vorjahresquartal gestiegen; Nominallöhne +4,1 %. https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2026/05/PD26_178_62321.html (8.9.2026).

Statistisches Bundesamt (2026f): Inflationsrate im Juli 2026 bei +2,8 %; im Juni 2026 +2,3 %. https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2026/08/PD26_283_611.html (8.9.2026).

Statistisches Bundesamt (2026g): Bruttoinlandsprodukt im 2. Quartal 2026 gegenüber dem 1. Quartal preis-, saison- und kalenderbereinigt +0,2 %.

Statistisches Bundesamt (Destatis) (2026a): Armutsgefährdung sowie materielle und soziale Entbehrung bei älteren Menschen. Stand 18.05.2026. EU-SILC 2025: 16,1 % der Bevölkerung armutsgefährdet; Personen ab 65 Jahren 19,5 %. HTML ohne feste Seitenzählung. <https://www.destatis.de/DE/Themen/Querschnitt/Demografischer-Wandel/Aeltere-Menschen/armutsgefaehrdung.html> (8.9.2026).

Statistisches Bundesamt (Destatis) (2026b): Armutsgefährdung (monetäre Armut) nach soziodemografischen Merkmalen, EU-SILC 2025. Erwerbstätige ab 18 Jahren: 6,8 %. Datenstand 09.04.2026. HTML-Tabelle ohne feste Seitenzählung. <https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Einkommen-Konsum->

[Lebensbedingungen/Lebensbedingungen-Armutsgefaehrung/Tabellen/armutsgef-sozdem-zvgl.html](#) (8.9.2026).

Statistisches Bundesamt (Destatis) (2026c): Reallöhne im Jahr 2025 um 1,9 % gestiegen. Pressemitteilung Nr. 068 vom 27.02.2026. Nominallöhne +4,2 %, Verbraucherpreise +2,2 %. https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2026/02/PD26_068_62321.html (8.9.2026).

Statistisches Bundesamt (Destatis) (2026e): Tarifbindung 2025 unverändert bei 49 %. Pressemitteilung Nr. 097 vom 20.03.2026. https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2026/03/PD26_097_623.html (8.9.2026).

Stöss, Richard (2022): SPD am Wendepunkt. Neustart oder Niedergang. Marburg. <https://www.schueren-verlag.de/sozialwissenschaft/titel/sozialdemokratie-am-wendepunkt.html> (8.9.2026).

Stöss, Richard (2025): Der Niedergang der SPD. Anmerkungen zur neueren Entwicklung der Partei anlässlich der Bundestagswahl 2025. Sozialismus.de, Supplement zu Heft 9/2025, 64 S. Hamburg: VSA. ISBN 978-3-96488-253-0. https://www.sozialismus.de/vorherige_hefte_archiv/supplements/liste/detail/artikel/der-niedergang-der-spd/ (8.9.2026).

Süß, Dietmar (2018): „Krise“ als Lebenselixier. Eine kleine Geschichte sozialdemokratischer Sinnsuche. Perspektiven ds 35, S. 14–18.

Süß, Dietmar (2022): Der seltsame Sieg. Das Comeback der SPD und was es für Deutschland bedeutet. München. <https://www.chbeck.de/suess-seltsame-sieg/product/33864914> (8.9.2026).

Autor: Dr. Ernst Wolowicz

Erstellungsdatum: 16.08.2026

KI-Erklärung: KI wurde unterstützend für Recherche, sprachliche Überarbeitung und Quellenkontrolle eingesetzt; die inhaltliche Verantwortung liegt beim Autor.